

"Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass wir nicht mehr still bleiben"

(Teilnehmer an Demonstrationen gegen Erhöhung der Benzinpreise,
Juni 2023)

1484 erreichte Diogo Cão die Küste des heutigen Angola. Portugal und das Königreich Kongo wiesen damals eine grosse Ähnlichkeit auf. So waren die Beziehungen am Anfang durchaus ausgeglichen, doch die Machtverhältnisse verschoben sich bald zugunsten der Europäer.

Die Berliner Konferenz 1884/85 reduzierte die umfassenden Ansprüche Portugals in Zentralafrika auf die beiden Territorien Angola und Moçambique. In Angola hielt es damals nicht mehr als einige küstennahe Stützpunkte. Die Portugiesen gingen damals kaum freiwillig, sondern als Verbannte oder deportierte Sträflinge dahin, denn nirgendwo in den überseeischen Besitzungen Portugals konnte man eine schlechtere Situation finden als in Angola.

Einerseits waren die Beziehungen der Portugiesen zu den Kolonisierten bis zum Ende der Kolonialherrschaft 1974 durch Gewalt und Ausbeutung gekennzeichnet, andererseits kreierten sie die Ideologie des „Lusotropikalismus“, die behauptete, Portugals Präsenz in Afrika (und in Südamerika) hätte sich durch das Fehlen von Rassismus und ein grosszügiges Angebot hin auf Integration und Assimilation ausgezeichnet.

Ironie der Geschichte: Portugal wurde in der Neuzeit selbst zu einer europäischen „Kolonie“ der Briten. Es musste einerseits akzeptieren, dass die europäischen Mächte im Land selbst wie in seinen Kolonien wirtschaftlich eingriffen, andererseits holte sich die Metropole aus den Kolonien, was ihr aufgrund der Unterentwicklung in Europa weggenommen wurde. Ihre Kolonien hatten so eine dreifache Last zu tragen: Ausbeutung durch die Metropole, Ausbeutung durch andere Kolonialmächte und Ersatzleistung für das, was Portugal durch seine Abhängigkeit an die europäischen Mächte, in erster Linie an England, verlor.

Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage in der Metropole begann die faschistische Regierung in den 1930er Jahren ihre Arbeitslosen nach Angola abzuschicken. 1973 waren schliesslich rund 340.000 von insgesamt 6 Millionen Einwohnern des Territoriums Portugiesen.

Die Aufrechterhaltung kolonialer Herrschaft in einer Zeit, als die meisten afrikanischen Länder unabhängig wurden, gab Anstoss für die Entstehung antikolonialer Bewegungen. Unter den zahlreichen Gruppen, die sich bis in die 1970er Jahre immer wieder neu formierten, wurden drei tatsächlich bedeutend - MPLA (*Movimento Popular de Libertação de Angola*, Angolanische Befreiungsbewegung), FNLA (*Frente Nacional de Libertação de Angola*, Nationale Befreiungsfront) und UNITA (*Uniao Nacional para a Independencia Total de Angola*, Nationale Union für eine völlige Unabhängigkeit Angolas).

Der Befreiungskampf in den Kolonien hatte den Zusammenbruch der faschistischen Diktatur in Portugal zur Folge und brachte den Überseegebieten die Unabhängigkeit unter chaotischen Bedingungen. In Angola kam es zu einem Bürgerkrieg der drei Befreiungsbewegungen, der durch die Einmischung von Nachbarstaaten und globalen Mächten weiter aufgeheizt wurde. Obgleich sich der MPLA in weiten Teilen des Landes bald durchsetzen konnte, dauerte es bis 2002 bis endgültig Friede herrschte.

Fast 40 Jahre Krieg hatte die ehemals dominierende Agrarproduktion vernichtet. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln konnte nicht mehr aus Eigenem gesichert werden. Hunderttausende hatten ihr Leben verloren und Millionen waren

Vertriebene. Die MPLA-Regierung hatte die Einkommen aus der Erdölproduktion für Waffenkäufe ausgegeben und die Gegenseite ihre Kriegskosten mit Diamanten finanziert.

Bereits 1991 hatte mit der Zulassung von Parteien eine Öffnung des Regimes eingesetzt, doch erst 2008 fanden die ersten Wahlen unter friedlichen Bedingungen statt. Angolas Ölproduktion war von unter 200.000 barrels in 1980 auf nahezu 2 Mio. barrels in 2008 gestiegen; das Land stand an dritter Stelle unter Afrikas Diamantenproduzenten.

Die Regierung begann einen kapitalintensiven Wiederaufbau, der vor allem die Infrastruktur betraf. Korruption und Misswirtschaft liessen jedoch die Einkünfte aus dem Rohstoffverkauf schwinden und mit dem Verfall der Ölpreise 2008 bzw. 2014 kam Angola wieder in grosse Schwierigkeiten. Die kritische Haltung westlicher Geber, so der Kommentar eines Regierungsmitglieds, zwang Angola sich an China zu wenden, das Investitionen und Kredite ohne Bedingungen versprach. Mehr als 42 Mrd. US-\$ flossen, ehe gegen Ende der zweiten Dekade die Beziehungen abkühlten. Angola blieben Schulden im Umfang von 21 Mrd. US-\$, an die 20.000 chinesische Zuwanderer (von 300.000 in 2014) und umfangreiche Infrastrukturprojekte, die wegen mangelnder Qualität bereits wieder zu zerfallen drohen.

2017 löste Joao Lourenco Präsident dos Santos ab, der 38 Jahre lang das Land regiert hatte. Er versprach Erneuerung und Politik „für alle Angolaner“: Beschäftigung, Armutsbekämpfung und Förderung der Wirtschaft. Vom Kampf gegen Korruption sprach er nicht, doch er entliess immerhin Isabel dos Santos, Tochter des ex-Präsidenten, aus ihrer Position als Direktorin der staatlichen Ölgesellschaft. Mit einem Vermögen von 3,3 Mrd. US-\$ galt sie als reichste Frau Afrikas. Mit der Entlassung weiterer Angehöriger des dos Santos Clans aus einflussreichen wirtschaftlichen und politischen Positionen zeichnete sich ein Wechsel innerhalb der regierenden Elite ab, der jedoch schwerlich als „Erneuerung“ gelten konnte. In den Parlamentswahlen von 2022 schaffte der MPLA gerade noch eine knappe Mehrheit der Sitze, die dem amtierenden Staatschef eine zweite Amtszeit sicherte; die oppositionelle UNITA wurde deutlich stärker, vor allem in den Städten und bei jungen Wähler_innen.

Angola ist und bleibt ein krasses Beispiel für den „Ressourcenfluch“. Auch wenn Isabel dos Santos und ihre Ehemann, wie es die Dokumente aus den „Luanda Leaks“ zeigen, die grössten Nutzniesser der Ausplünderung Angolas waren, sicherten und sichern sich neben und mit ihnen zahlreiche Günstlinge der regierenden Elite illegal Anteile am Reichtum des Landes. Trotz aller Ankündigungen eines Kampfes gegen Korruption landen in Angola selbst nur wenige von ihnen vor Gericht.

Laut Weltbank sichern sich die reichsten 10% der Bevölkerung etwa 40% des gesamten Einkommens; auf die ärmsten 10% entfallen 1,3%. Dabei sind noch unter den Ärmsten die Chancen für ein Überleben stark ungleich verteilt. Während vor allem junge Menschen in den Städten protestieren (und dafür eingesperrt werden), hungert die Landbevölkerung im Süden und vertreibt die Polizei im Norden mit harter Gewalt Einwanderer aus der DR Kongo in die Diamantenregion.